

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konturs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und Gebrüder Mohr. Verantwortlich für den Heimteil, Sport und Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. V.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Gitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 146

Donnerstag, den 25. Juni 1936

88. Jahrgang

Die politische Lage in Belgien

Tumulte in der belgischen Kammer

In der belgischen Kammer verlas Ministerpräsident van Zeeland am Mittwoch die Regierungserklärung. Gleich zu Beginn forderten die Mitglieder des Nationalflämischen Blocks mit heftigen Zurufen den Ministerpräsidenten auf, seine Erklärung nicht in französischer sondern in flämischer Sprache vorzutragen.

Der Tumult war so groß, daß van Zeeland zunächst nicht mehr zu Worte kommen konnte. Mehrere flämische Abgeordnete standen auf und erhoben Einspruch dagegen, daß heute noch im Parlament der französischen Sprache offiziell der Vorzug gegeben werde, obwohl die Mehrheit sich aus Flamen zusammensetzt.

van Zeeland wollte beschwichtigend wirken, indem er erklärte, daß zum Ausgleich im Senat die Regierungserklärung zuerst in flämischer Sprache verlesen und ins Französische übersetzt werde. Diese Erklärung von Zeelands hatte jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Verschiedene Nationalflamen entgegneten, für sie sei es eine grundsätzliche Forderung, daß künftig flämisch die offizielle Sprache sei, die mit Rücksicht auf die flämische Mehrheit Belgiens den Vorzug vor dem Französischen verdiene.

Kammerpräsident Huysmans, ein Flamen, konnte in dem allgemeinen Lärm weder sich noch dem Ministerpräsidenten Gehör verschaffen. Schließlich legte sich der Sturm und van Zeeland konnte seine Erklärung in französischer Sprache fortsetzen. Am Schluß kam es zu neuen Zwischenfällen, als Finanzminister de Man (flämischer Sozialist) auf die Rednertribüne trat, um die Regierungserklärung ins Flämische zu übersetzen.

Unter lauten Protestrufen verließen die Mitglieder des Nationalflämischen Blocks geschlossen den Sitzungssaal mit der Erklärung, daß sie an der Uebersetzung einer französischen Rede kein Interesse hätten.

Zur Außenpolitik beschränkte sich die Regierungserklärung auf die Feststellung, daß die bisherige Politik fortgesetzt werde. In der Frage der Landesverteidigung werde sich die Regierung mit den wirksamsten Mitteln die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes sichern.

Auf die Forderung der Flamen ging die Regierungserklärung nur mit wenigen Sätzen ein. Die Regierung sei fest entschlossen, die vollständige und loyale Anwendung und Durchführung der Sprachengesetze zu gewährleisten. Die Regierung habe Verständnis für die autonomen Wünsche, die immer mehr bei den flämischen und wallonischen Volksteilen sich ausbreiteten.

Die Rede von Zeelands wurde wiederholt von den Nationalflamen und den Rechten mit Zwischenrufen unterbrochen. Die Rechten klatschten Beifall bei Stellen, die ihnen ein Eingehen auf die Forderungen der Rechten zu verraten schienen. Bei den Ausführungen von Zeelands über die Landesverteidigung riefen einige nationalflämische Abgeordnete: „Los von Frankreich!“

Keine Befriedigung fand bei den Flamen, wie aus den Zwischenrufen hervorging, die Erklärung der Regierung über das Kulturprogramm in der Flamenfrage. Die Anhängerschaft von Zeelands, daß die Regierung das parlamentarische System gegen alle Angriffe verteidigen werde, löste auf den Bänken der Sozialdemokraten losenden Beifall aus.

Schwarz-Meer-Staaten so viel Schiffe, wie sie wollen, in das Mittelmeer senden dürfen, daß aber die anderen Mächte nur eine begrenzte Tonnage aus dem Mittelmeer in das Schwarze Meer schicken dürfen und auch dies nur unter besonderen Bedingungen. Die britische Abordnung habe daher um weitere Anweisungen aus London gebeten.

In unterrichteten Kreisen in London hält man es für möglich, daß sich die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Stärkter Ausbau der englischen Flotte

Der Erste Lord der britischen Admiralität, Sir Samuel Hoare, sprach vor der Royal Empire Society über Englands Wiederaufrüstung. Vor allem tue, sagte er, Schnelligkeit not. Wenn in unmittelbarer Zukunft wieder ein Krieg ausbrechen würde, würde keinerlei Zeit übrig bleiben, wie das beim letzten Mal der Fall gewesen sei. Großbritannien müsse sein Haus in Ordnung bringen, bevor eine Krise hereinkomme.

Wenn die britische Armee, die britische Flotte und die britische Luftwaffe angemessen und rechtzeitig verstärkt würden, werde es keinen Weltkrieg geben. Wenn es gelinge, eine gut ausbalancierte Flotte zu haben, die in der Lage sei, den Feind zu schlagen und die Meere offenzuhalten, und die so ausgerüstet sei, daß sie überall hingehen könne, werde es keinen Weltkrieg geben.

Wenn gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgeschält. Die erste laute: „Kollektive Sicherheit“ heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute sei, würde die Krise niemals entstanden sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß das Britische Reich sich immer noch auf seine Reichsverteidigung und besonders auf eine starke britische Flotte verlassen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

Ehrendoktor von Oxford für Eden

London, 25. Juni. Dem Außenminister Eden wurde am Mittwoch von der Universität Oxford der Ehrendoktor verliehen.

Befristetes Gastrecht

Schweizer Wünsche an den Regus.

Zu den zahlreichen Gerüchten über einen Aufenthalt des Regus in der Schweiz wird von amtlicher schweizerischer Seite mitgeteilt: Der Bundesrat hat dem Regus nahegelegt, von einer Niederlassung in der Schweiz für so lange abzusehen, als der italienisch-abyssinische Konflikt nicht endgültig beendet ist, denn die Einräumung eines dauernden Gastrechtes an ein fremdes Staatsoberhaupt, das sich selbst als im Kriege mit einem unserer Nachbarstaaten betrachtet, müßte zu Unzuträglichkeiten führen. Der Bundesrat wird dagegen der Anwesenheit des Kaisers Halle Selassie in Genf keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn dieser seinen Fall während der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates und der Völkerbundsversammlung vertreten möchte.

Genf gegen 40-Stunden-Woche

Annahme nur hinsichtlich subventionierter Arbeiten.

Die Internationale Arbeitskonferenz nahm die endgültige Abstimmung vor über die internationale Konvention betreffend die Einführung der 40-Stunden-Woche bei öffentlichen, von den Regierungen finanzierten oder subventionierten Arbeiten. Sie wurde mit 79 gegen 38 Stimmen angenommen. Hingegen wurde die internationale Konvention über die 40-Stunden-Woche beim Hoch- und Tiefbau in den endgültigen Abstimmungen nicht angenommen, da sie nur 71 gegen 42 Stimmen auf sich vereinigte und also die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu Gunsten

Baldwin vor dem Unterhaus

Zusammenarbeit Deutschland — England — Frankreich

Die große Unterhausausprache über die grundlegende Umstellung der englischen Sanktionspolitik brachte zum Schluß noch eine Rede des Ministerpräsidenten Baldwin, der diesmal mit seinen Ausführungen einen viel besseren Eindruck erzielen konnte als am ersten Tag der Aussprache und damit zu der Ablehnung des arbeiterteilichen Mißtrauensantrages — mit 384 gegen 170 Stimmen — wesentlich beigetragen hat.

Es sei ganz klar, so erklärte Baldwin, daß die Sanktionen nicht für alle Zeiten hätten fortgesetzt werden können. Die Antwort auf die Frage des Oppositionsführers Attlee, ob die Regierung die Angriffshandlung Italiens verzeihen wolle, laute: „Nein!“ Er wolle es betonen, daß die britische Regierung nicht die Absicht habe, auf der bevorstehenden Völkerbundstagung eine Anerkennung der italienischen Annektierung Abessinien vorzuschlagen oder ihr zuzustimmen.

Der Ministerpräsident ging dann noch einmal auf die bekannten Beweggründe für die Aufhebung der Sanktionen ein und legte dann die zukünftige Politik der englischen Regierung dar. Man müsse nun versuchen, wie weit die kollektive Sicherheit verwirklicht werden könne. Die englische Politik stütze sich immer noch auf den Völkerbund, und diese Angelegenheit müsse auf der September-Tagung aufgegriffen werden.

Waterloo und die Gegenwart

Baldwin knüpfte dann an eine Bemerkung des Führers der Arbeiter-Opposition, Attlee, über den kürzlichen Jahrestag der Schlacht von Waterloo an und sagte dazu, er glaube, daß Attlee eine sehr merkwürdige Schlussfolgerung aus dieser Tatsache gezogen habe. Waterloo sei eine Schlacht gewesen, die eine lange Zeit von Kämpfen abgeschlossen und Europa den Frieden auf ein Menschenalter hinaus gegeben habe. Er entnehme den Worten Attlees, daß dieser den Jahrestag von Waterloo dadurch feiern wolle, daß er einen Krieg in Europa beginne.

Bei Waterloo habe Wellington die Hilfe der Preußen erwartet, um seinen Erbfeind, die Franzosen, zu besiegen. Hundert Jahre später hätten Englands Erbfeinde, die Franzosen, Schulter an Schulter mit ihm gegen diejenigen getämpft, die Englands Verbündete bei Waterloo

gewesen seien. Das lege ihm die Frage nahe, ob denn nicht die Zeit für diese drei großen Länder gekommen sei, sich zusammenzuschließen und eine Politik der Befriedung Europas herauszufinden. „Wir sind“, so erklärte Baldwin, „äußerst bemüht, mit diesen Verhandlungen voranzukommen.“

Der Ministerpräsident wandte sich sodann nachdrücklich gegen eine Behauptung des Arbeiterabgeordneten Dalton, daß England angeblich die Absicht habe, ganz Europa sich selbst zu überlassen, wenn es sich selbst im Westen sichern könnte. Diese Behauptung sei völlig unbegründet. „Unsere eigene Sicherheit sei von lebenswichtiger Bedeutung, und es mag dahin kommen, daß der Völkerbund letztlich zusammenbricht. Soweit sind wir aber noch nicht. Ich habe alle Hoffnung, daß wir, wenn es zu Verhandlungen zwischen unseren drei großen Ländern kommt, für die Sicherheit der Länder in Mitteleuropa ebenso Vorkehrungen treffen, wie wir das für uns selbst erhoffen.“

„Das ist die Politik, die uns in den kommenden Wochen beschäftigen wird. Wenn der September kommt, hoffe ich, daß Eden und seine Kollegen damit beginnen, die Grundlagen zu legen, auf denen ein großer Ueberbau, wie wir hoffen, ruhen wird. Möge sich das Haus keiner Unterschätzung der Schwierigkeiten der Aufgabe hingeben! Das kann große Verpflichtungen für dieses Land oder für jedes andere Land bedeuten, bevor wir den Buchstaben und den Geist der Völkerbundsatzung verwirklichen können.“

Das Unterhaus schritt darauf zur Abstimmung, bei der sämtliche Anhänger der Regierung bis auf einen für die Regierung stimmten.

Der Streit um die Meerengen

Englisch-sowjetrussische Auseinandersetzung

Die Londoner Abendblätter berichten in großer Aufmachung über Gegensätze zwischen England und Sowjetrußland, die sich in Montreux herausgestellt hätten; sie seien so stark ausgeprägt, daß die britische Abordnung auf neue Anweisungen aus London warten müsse.

Nach Reuters drehe sich die Meinungsverschiedenheit um die Durchfahrt für Kriegsschiffe durch die Dardanellen. Großbritannien sei nur dann bereit, sich mit Einschränkungen abzufinden, wenn sie allgemein und ohne Ausnahme gelten würden. Die Sowjet-Union dagegen wünsche, daß die

